

PRESSEMITTEILUNG

Betriebliche Altersvorsorge

Forschung statt Aktionismus

Mit dem „Sozialpartnermodell Betriebsrente“ will Bundessozialministerin Andrea Nahles Versorgungslücken im Alter schließen. Doch eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt: Politischer Handlungsbedarf besteht vor allem bei Arbeitslosigkeit. Ausgerechnet in diesen Fällen hilft aber eine weitere Variante der betrieblichen Altersvorsorge (BAV) wenig.

Bei Fragen rund um die BAV mangelt es vor allem an einem: verlässlichen Daten. „Das Vorsorgeverhalten der Deutschen ist komplex, aber bislang nur ausschnittsweise erforscht“, sagt IW-Steuerexperte Martin Beznoska. Einschlägige Studien werfen häufig mehr Fragen auf, als sie beantworten. Deshalb bezweifelt das IW den Sinn der aktuell diskutierten Vorschläge zur Reform der Alterssicherung. So sollen im Sozialpartnermodell die Tarifpartner gemeinsam Pensionsfonds betreiben und Beitragszahlungen zur BAV in Tarifverträgen verankern.


Auf Basis von Haushaltsdaten untersuchen die IW-Autoren, wie weit die BAV in Deutschland verbreitet ist. Nach deren Berechnungen gibt es in bis zu 66 Prozent der Paar-Haushalte mindestens eine BAV. Es sei jedoch nicht sinnvoll, bei der Altersvorsorge nur auf die BAV zu schauen, so die Autoren der Studie. Werden alle privaten Vorsorgemöglichkeiten betrachtet, verfügen bis zu 90 Prozent der Paar-Haushalte über eine Zusatzvorsorge. „Vor allem Paaren ist klar, dass sie eine ergänzende Altersvorsorge brauchen – und sie sorgen in der Regel vor“, sagt Jochen Pimpertz, Leiter des Kompetenzfeldes Soziale Sicherung im IW Köln.

Ohnehin ist laut IW-Studie die Arbeitslosigkeit das größte Hindernis bei der Vorsorge. „Das ist ein Problem, das die Politik mit Vorschlägen zur betrieblichen Vorsorge allein nicht lösen kann“, sagt Beznoska. Zudem bleibt unklar, was der optimale Verbreitungsgrad der betrieblichen Altersvorsorge ist. „Die Analysen zeigen, dass viel mehr Forschung nötig ist als politischer Handlungsbedarf“, so Pimpertz.

Martin Beznoska / Jochen Pimpertz: Neue Empirie zur betrieblichen Altersvorsorge – Verbreitung besser als ihr Ruf; [IW-Trends 2/2016](#)

Ansprechpartner im IW: **Dr. Martin Beznoska, Telefon: 0221 4981-736; Dr. Jochen Pimpertz, Telefon: 0221 4981-760**

Neue Daten statt Aktionismus

Betriebliche Altersvorsorge. Kommt die Rede auf drohende Altersarmut, sind Politiker schnell mit Vorschlägen bei der Hand. Nach dem vielstimmigen Abgang auf das „Riestern“ wird nun unter anderem eine neue Form der Betriebsrente heiß diskutiert. Ob aber überhaupt staatlicher Handlungsbedarf besteht, ist fraglich – zumal die deutschen Haushalte unbeeindruckt von Minizinsen weiter fleißig sparen. 

Genug Geld zurücklegen für das Alter – ein hehres Ziel. Aktuell schalten sich Politiker wieder vermehrt ins Thema ein – offenbar getrieben vom Glauben, dass sie besser wissen als die Bürgerinnen und Bürger, wie man vorsorgen sollte. Eine Flut von Ideen zur Bekämpfung drohender Altersarmut wird im politischen Betrieb umgewälzt. Zwei davon seien hier kurz vorgestellt:

1. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat sich die Reform der betrieblichen Altersvorsorge (BAV) auf die Fahnen geschrieben. Mit dem „Sozialpartnermodell“ will sie eine Pensionskasse oder einen Pensionsfonds einrichten, den die Tarifpartner gemeinsam betreiben sollen.

Die Ministerin unterstellt Nachholbedarf vor allem bei kleinen und mittelgroßen Betrieben. Arbeitgeber würden den Plänen zufolge ver-

pflichtet, neben den Beiträgen zur Rentenversicherung auch in die Pensionskassen einzuzahlen – wobei die Höhe dieser Beiträge in Tarifverträgen verankert werden soll.

2. Neu ins Rennen geschickt wird nun von hessischen Politikern die „Deutschland-Rente“. Dabei soll es sich um ein einfaches, kostengünstiges Standardprodukt handeln. Eine Variante sieht vor, dass jeder Mann in die „Deutschland-Rente“ einzahlen muss, es sei denn, er widerspricht ausdrücklich – das soll für eine größere Verbreitung sorgen.

Verwaltet wird der Anlagetopf vom Staat, daher der Name „Deutschland-Rente“. Jeder Arbeitnehmer kann in diesen Topf einzahlen – auf einem Umweg: Der Arbeitgeber zieht die Beiträge vom Gehalt ab und führt sie an die neue Rentenversicherung ab. Das Geld wird an-

schließend am Kapitalmarkt angelegt. Der Fonds soll ohne eigenes Gewinninteresse auf Selbstkostenbasis arbeiten.

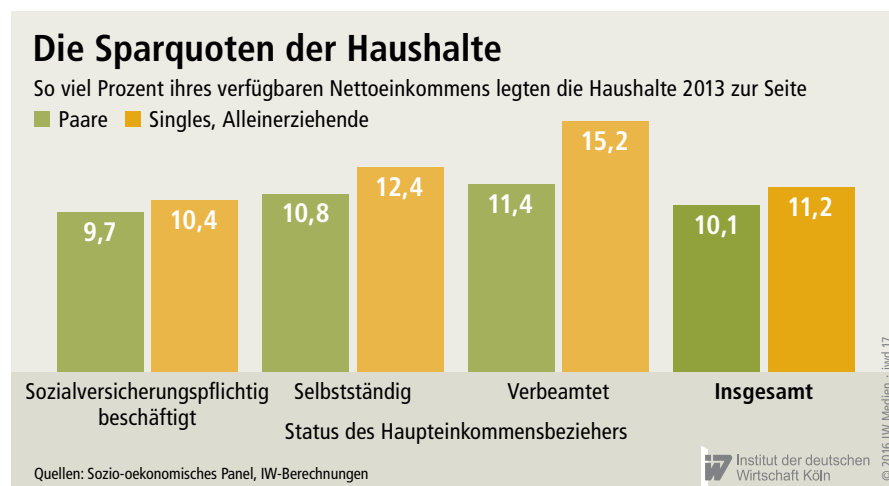
Allen Vorschlägen liegt die Annahme zugrunde, dass die Deutschen nicht genug Geld für ihren Ruhestand zurücklegen – zumal die Riester-Rente die in sie gesetzten Hoffnungen scheinbar nicht erfüllt hat (Kasten). Deshalb sei es Sache des Staates, einzugreifen und auch die Unternehmen mit neuen Vorsorgepflichten zu belasten.

Die bisherige Diskussion lässt jedoch außer Acht, dass der optimale Vorsorgegrad bei jedem Einzelnen unterschiedlich sein kann – je nach Einkommens- und Vermögensausstattung des Haushalts. Erschwerend kommt hinzu: Die Datenlage und die empirische Forschung zur Altersvorsorge sind unbefriedigend.

So tappen auch die politischen Reformer im Dunkeln bei der eigentlich grundlegenden Frage, wie das Portfolio der deutschen Haushalte zum langfristigen Vermögensaufbau genau aussieht. Wie viele Haushalte nicht ausreichend sparen können oder wollen, kann also nur unvollständig geklärt werden.

Eine Auswertung der verfügbaren Haushaltsdaten lohnt dennoch: Zumindest die Verbreitung der wichtigsten privaten Sparformen lässt sich für das Jahr 2013 bestimmen (Grafiken Seite 5).

Die Daten demonstrieren ein sehr hohes Bewusstsein für Altersvorsorge in der Bevölkerung – unabhängig von staatlich geförderten Sparmodellen. Dabei lassen sich drei Zusammenhänge beobachten:



- **Je älter der Haushaltsvorstand ist, desto häufiger existiert auch eine betriebliche Altersvorsorge.**

Das liegt nahe, denn solche Betriebsrenten gewährten Arbeitgeber früher meist erst nach einer gewissen Erwerbszeit. Außerdem stehen in jungen Jahren mit Ausbildung, eigenem Hausstand und Familiengründung dringlichere Ausgaben an. Ist der Haushaltsvorstand im Vorrentenalter zwischen 55 und 64 Jahren, so können sich fast 54 Prozent auf eine BAV verlassen.

- **Paarhaushalte haben eher eine BAV als Einpersonenhaushalte oder Alleinerziehende.** Mit nur einer BAV kann auch der Partner abgesichert werden. Schließlich bilden Paare Versorgungsgemeinschaften, in die auch die Firmenrente einfließt.

- **Im Schnitt sind die Riester-Sparer relativ jung.** Vor allem die 25- bis 44-Jährigen nutzen diese Vorsorgeform, sie erreicht in dieser Altersklasse eine ähnlich hohe Abdeckung wie die BAV. Bei Älteren nimmt die Bedeutung des „Riesterns“ ab, wohl auch weil diese Form der Vorsorge erst seit gut 14 Jahren existiert.

Rechnet man sonstige private Lebens- und Rentenversicherungen ein, so verfügen mehr als 86 Prozent der Paare und fast 70 Prozent der Singles über eine oder mehrere Formen der Altersvorsorge.

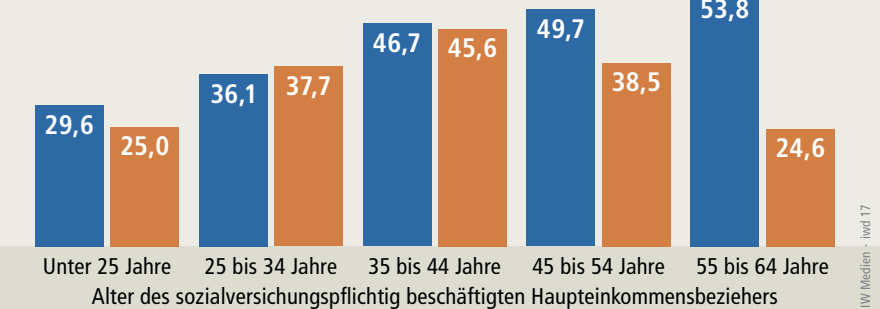
Die Verbreitung der Vorsorgeverträge ist aber nur die halbe Wahrheit. Was letztlich zählt, ist die Höhe der Einzahlungen. Aufschluss darüber geben die Sparquoten der Haushalte (Grafik Seite 4). Sie zeigen nicht nur, welcher Teil des verfügbaren Einkommens zur Vorsorge genutzt wird, sondern auch, welche Rolle der jeweilige Erwerbsstatus spielt.

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegen mit einer Spar-

Jeder zweite Ältere mit betrieblicher Altersvorsorge

So viel Prozent der Haushalte hatten 2013 eine

■ betriebliche Altersvorsorge ■ Riester-Vorsorge

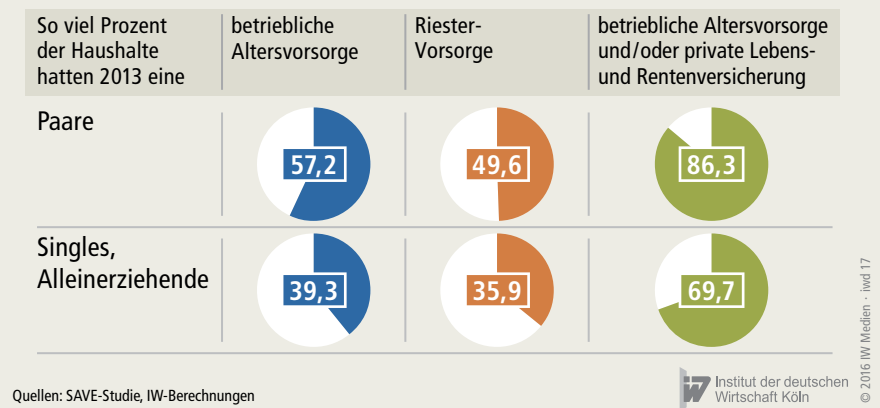


Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, IW-Berechnungen

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iw-d 17

Altersvorsorge: Oft betrieblich und privat



Quellen: SAVE-Studie, IW-Berechnungen

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iw-d 17

Riester-Rente

Die Riester-Rente ist ein Anlageprodukt im Bereich der Altersvorsorge, bei dem der Staat durch Zulagen und gegebenenfalls Steuerersparnisse den Sparer beim Vermögensaufbau unterstützt. Der Sparer zahlt jährlich einen gewissen Teil seines Bruttoentgelts in ein zertifiziertes Anlageprodukt ein. Dieser Betrag wird um staatliche Zulagen vermindert, die von der persönlichen

Situation des Sparers abhängen und somit unterschiedlich hoch ausfallen können. Kritiker der Riester-Rente führen an, dass die staatliche Förderung vor allem zu Mitnahmeeffekten bei den Sparern führt, die dank hoher Einkommen sowieso genügend sparen könnten. Insofern ist es durchaus sinnvoll, über eine Modifikation der Förderbedingungen nachzudenken.

quote von rund 10 Prozent fast gleichauf mit Selbstständigen und Beamten. Arbeitslosigkeit macht es dagegen schwer, Geld fürs Alter zurückzulegen.

Selbst wenn der Hauptverdiener einen Job hat, sinkt die Sparquote – sofern der Partner arbeitslos ist – im Schnitt auf nur noch 3,4 Prozent.

Hier hilft eine neue Form der Betriebsrente wenig, denn bei Arbeitslosigkeit fehlt die arbeitsvertragliche Grundlage für eine solche

Leistung. Und fürs „Riestern“ mangelt es womöglich an Geld. Wer Altersarmut bekämpfen will, muss also direkt am Arbeitsmarkt ansetzen. Weder die „Deutschland-Rente“ noch das „Sozialpartnermodell“ bieten hier eine Lösung.

i aus IW-Trends 2/2016

Martin Beznoska, Jochen Pimpertz:
Neue Empirie zur betrieblichen Altersvorsorge – Verbreitung besser als ihr Ruf
iwkoeln.de/altersvorsorge